



Illustriertes

Das Blatt der gewöhnlichen Menschen

Im Einzelverkauf
20 Pfennig
30 Groschen

Reichstags-Auflösung!

Was will Mussolini? / Wie entstand der „Preuße“?

Die Arbeitslosen

Breite Massen unseres Volkes haben sich bisher mit einer bewundernswerten Haltung in das furchtbare Schicksal ständiger Arbeitslosigkeit gefunden. Gewiß sind unter den 4 Millionen Arbeitslosen auch viele Arbeitscheue, gewiß wird die Einrichtung der Arbeitslosenversicherung usw. von vielen mißbraucht, aber die übermächtige Mehrheit der Arbeitslosen feiert gewiß nicht freiwillig, und das Gerede, unsere Wirtschaftsnot werde behoben, wenn man die Arbeitslosenunterstützung teilweise oder ganz beseitigt und damit die Menschen einfach zum Arbeiten zwingt, ist ebenso herzlos wie oberflächlich. Wer, wie sehr viele unter den Arbeitslosen, gerne arbeiten möchte, aber keine Arbeitsgelegenheit findet, dem wird diese nicht dadurch geschaffen, daß man ihm die Mittel zur Fraktion seines Lebens nimmt.

Das Problem der Arbeitslosigkeit ist, wenn wir von Frankreich absehen, bei allen Kulturstaaten mehr oder weniger stark gegeben. Ein Weg, wie es mit Erfolg ganz aus der Welt zu schaffen ist, ist noch nicht gefunden. Am aussichtsreichsten ist immer noch der durch Herstellung dauernd vertrauensvoller und friedlicher Beziehungen unter den Völkern und durch eine vernünftige — nicht wie bisher übliche — Leistung unserer Wirtschaft, der wirtschaftlichen Initiative wieder Raum zur Betätigung zu verschaffen.

Man hat hier bekanntlich das Wort von der Anfurbelegung der Wirtschaft geprägt. Durch Zinsfälle wie die heutigen aber, die als vorübergehende Notmaßnahme nicht getadelt werden sollen, wird die Wirtschaft unseres Volkes, die auf Kredite angewiesen ist, von vornherein gehemmt.

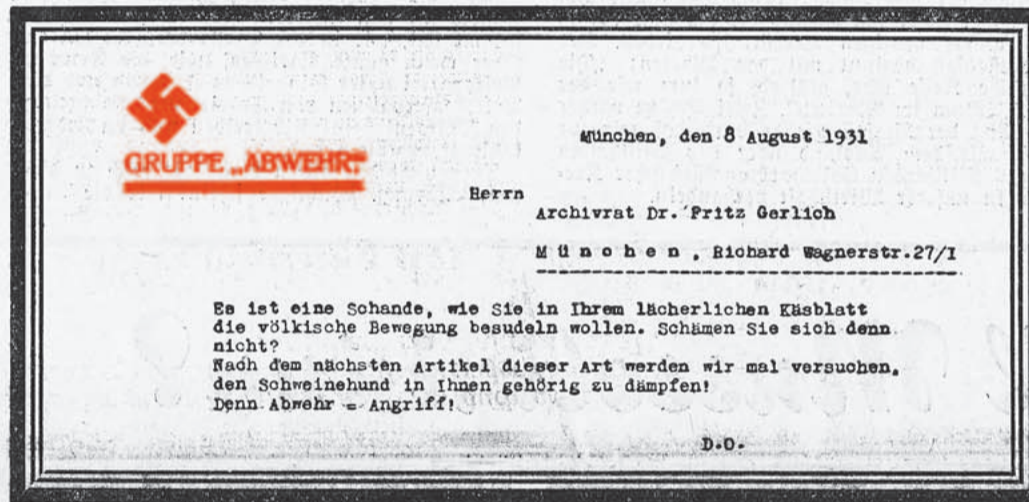
Ironie der Geldpolitik

Ich habe in der vorigen Nummer gezeigt, wie die englischen Banken an der Weiterverleihung der französischen Kredite nach Deutschland ein sehr gewinnreiches Zwischengeschäft machen. Diese Zwischengewinne müssen wir in Gestalt des teuren englischen Kredites bezahlen. Würde uns Frankreich das Geld direkt leihen, so läme es uns zweifellos erheblich billiger. So macht also der Engländer infolge des unvereinigten deutsch-französischen Verhältnisses am französischen Kapital bei uns das Geschäft. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, daß ausgerechnet Parteien, wie die Hitler's, die mit dem Munde die internationalen Banken so scharf bekämpfen, durch ihre törichte Außenpolitik einem Teil dieser Banken, nämlich den englischen, zu riesigen Profiten auf Kosten des notleidenden deutschen Volkes verhelfen.

Es ist eigentlich selbstverständlich, daß die Arbeitslosigkeit bei uns in diesen letzten Krisenwochen keine Verminderung erfahren hat. Die einzelnen Unternehmungen werden schon durch die heutigen Zinsfälle gezwungen, ihre geschäftliche Tätigkeit nach Möglichkeit einzuschränken. Manche, die über Vermitteln verfügen, ziehen diese aus ihren Geschäften, die sie einschränken, und leihen das Geld aus. Es lockt sie eben der hohe, sichere Zinsgewinn mehr als das Risiko jetziger Geschäfte. Manche vermehren sogar derartige Gelder zum Ausleihen dadurch, daß sie z. B. ihre Lieferanten nicht bezahlen, sondern warten lassen.

Wird das deutsch-französische Verhältnis nicht bald bereinigt — wenigstens in dem Sinne der Anbahnung eines dauernden Ausgleiches —, so wird die Lähmung unseres Wirtschaftslebens infolge Kapitalmangels und des daraus sich immer ergebenden höheren Zinsfußes weiter andauern. Es wird dies auch dann der Fall sein, wenn das sehr verständliche Verhalten, das breitesten Kreise unseres Volkes bei der Wiedereröffnung des Zahlungsverkehrs bewiesen haben, zusammen mit dem Stillhalten der ausländischen Kreditgeber dazu führt, daß der völlige Zusammenbruch unserer Volkswirtschaft vermieden wird.

von Dr. Fritz Gerlich



Eine der vielen Zuschriften, die es auch ohne unsern Kommentar urteilsfähigen Lesern ermöglicht, sich ein Bild von der Kampfweise und Geistigkeit „verantwortlicher“ Hackenkreuzstellen zu machen.

Überwindung der Wirtschaftslähmung

Eines aber ist dadurch nicht zu erreichen, nämlich, daß die Kassen der öffentlichen Hand in Reich, Ländern und Kommunen wieder zu großer Fülle gelangen. Denn der Rückgang des Steueraufkommens und der anderen öffentlichen Einnahmen wird, wenn die Verhältnisse sich nicht wesentlich ändern, eher fortgeschritten als sich verringern. Erst wenn die heutige Lähmung unseres Wirtschaftslebens wieder in einem höheren Grade überwunden ist, können wir auch wieder mit einem Ansteigen der Einnahmen der öffentlichen Hand rechnen. Und erst wenn eine wirkliche Dauerbeseitigung unserer wirtschaft-

lichen Verhältnisse und auch des politischen Verhältnisses zu Frankreich erreicht ist, können wir auf Anleihen rechnen, die uns die über die laufenden Einnahmen der nächsten Monate hinausgehenden Ansprüche erfüllen lassen. Denn das hat sich in den letzten Wochen klar gezeigt, daß außer einigen Neutralen nur noch Frankreich als Anleihegeber in Frage kommt. Nicht aber England oder Amerika oder gar Italien. Die Neutralen aber geben natürlich nur dann Anleihen, wenn sie der Festigkeit der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Europa und damit auch bei uns gewiß sind.

Das Arbeitslosenproblem im kommenden Winter

Gehen wir aber mit ähnlichen wirtschaftlichen Verhältnissen, wie sie zur Zeit gegeben sind, in den Winter, so stellt die allgemeine große Arbeitslosigkeit wiederum ganz außerordentliche Ansprüche an die Fürsorgetätigkeit der öffentlichen Hand. Diese Ansprüche sind von einer solchen Höhe, daß sie aus laufenden Einnahmen nicht gedeckt werden können. Ob sich durch eine innere Anleihe, vielleicht gar in Form der Zwangsanleihe, die Mittel hierzu aufbringen lassen, ist fraglich und nicht einmal erwünscht. Denn der gleiche Betrag, der dem Reich oder den Ländern in Gestalt einer solchen inneren Anleihe gewährt wird, wird vielen Wirtschaftsunternehmungen und Einzelpersonlichkeiten für ihre geschäftliche Tätigkeit entzogen.

Können wir aber nicht wenigstens einigermaßen für unsere Arbeitslosen im kommenden Winter sorgen, so werden wir nicht nur Hungerrevolten, sondern Revolutionen bekommen. Ich besprach schon in der vorigen Nummer die Tatsache, daß das kommunistische Moskau den deutschen Kommunisten befohlen hatte, sich am Volksentscheid zu beteiligen. Der sogenannten nationalen Opposition ist diese Beteiligung jetzt wo der Volksentscheid nicht die nötige Stimmzahl erhalten hat, doppelt unbequem.

Die Niederlage als „Erfolg“ gebucht

In der Nummer 221 vom Montag, den 10. August, früh, bespricht das Münchener Hugenberg-Blatt „Münchener Augsburger Abendzeitung“ das Ergebnis des Volksentscheides unter sorgfältiger Berücksichtigung der kommunistischen Beteiligung. Wie der folgende Auszug an der Spitze des Blattes zeigt, wird sogar dieser Volksentscheid als Etappe auf dem Siegesmarsch der nationalen Opposition hingestellt. Das Blatt schreibt nämlich wörtlich:

„Unsere Lösung.

Die Entscheidung ist noch einmal kurze Zeit verlagert.

Wir kämpfen unbeirrt weiter. Wir sind der gewissen Überzeugung, daß das Gebäude des Marxismus und des mit ihm verbundenen Zentrums im Stürzen ist.

Fast 10 Millionen Stimmen mit Ja! Rechnet man von den 26,75 Millionen Stimmberechtigten nur 5,2 Millionen ab, die erfahrungsgemäß bei Wahlen zu Hause bleiben (bei einer Wahlbeteiligung von 80 Prozent), so hat die Opposition erwiesen, daß sie für eine kommende Wahl schon jetzt beinahe die Hälfte der Stimmen erreicht hat!

Bedenken wir, mit welcher unglaublichen Mitteln das preussische marxistisch-zentrierte System seine Herrschaft zu behaupten versucht, so wird dieser Erfolg der Regierung deutlich machen, daß solche Machtmittel sich sehr rasch abnützen.

Die Lage der Herrschaft von Marxismus und Zentrum sind gezählt!

Die nationale Opposition marschiert und ist sich ihres nahen Sieges sicher.

Der Gedanke eines freien Vaterlandes darf nicht begraben werden!

Es entbehrt nicht der politischen Komik, wie die beiden Beteiligten am Volksentscheid, nämlich die von Moskau abhängigen internationalen Kommunisten, also Marxisten, und die sogenannte nationale Opposition, beide das gleiche als Ergebnis der Volksentscheidsbewegung erklären. Die nationale Opposition erklärt uns, die Lage der Herrschaft des Marxismus seien gezählt, wenn sie so weiter um Preußen kämpfe; ihr Sieg sei nahe. Und die marxistischen Bolschewiken erklären, bei der nötigen Unterstützung der rechtsradikalen Bewegung in Deutschland durch die Kommunisten sei der Sieg des orthodoxen Marxismus nahe.

Moskaus Gründe und Absichten

Die russischen Marxisten sahen sich zu ihrem Befehl zur deutsch-kommunistischen Beteiligung am Volksentscheid, wie ich in der vorigen Nummer schon darlegte, aus folgenden Gründen veranlaßt:

Die Beteiligung der Kommunisten am Volksentscheid rüdte dessen Erfolg in die Linie des Möglichen. Sie legte dadurch die Reichspolitik außenpolitisch lahm und ließ uns Zeit verfließen, die angesichts des rasch sich nähernden Winters für uns von größter Wichtigkeit ist. Die einzelnen kommunistischen Gewalttaten bei uns verfolgen außerdem planmäßig den Zweck, im Ausland den Eindruck harter Unsiherheit unserer öffentlichen Verhältnisse zu erwecken und dem privaten ausländischen Finanzmann jede Lust zur Kreditgebung nach Deutschland zu nehmen. Ebenso sollen die Gewalttaten gegen einzelne rechtsradikale Unterführer zu Gegenaktionen und damit weiter zur Störung der öffentlichen Sicherheit in Deutschland veranlassen.

Das Hauptziel: Deutscher Bürgerkrieg

Das Hauptziel aller dieser kommunistischen Aktionen ist das, zu erreichen, daß das politische Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich vor dem nächsten Winter noch nicht zu einer Festigung kommt und infolgedessen unserer Wirtschaft auch nicht neues Kapital zufließt, durch das wir wieder aufleben und eine Verminderung der Arbeitslosigkeit in größerem Umfang ermöglichen könnten. Da unsere eigene völlige Armut uns gleichzeitig zwingen würde, die Arbeitslosenfürsorge stark einzuschränken, wenn nicht gar einzustellen, glaubt die Zentrale der kommunistischen Weltrevolution in Moskau auf diesem Wege den Boden für riesige Hungeraufstände bereiten zu können, die es der kommunistischen Aktion ermöglichen, den Bürgerkrieg in Deutschland zu entfesseln. Und zwar nicht nur jenen kleinen Bürgerkrieg, den wir heute bereits haben, wie ein Blick auf die täglichen Zeitungsberichte über politische Totschläge beweist, sondern den großen Bürgerkrieg, nämlich den Ausbruch von Millionen hungerrnder deutscher Männer und Frauen.

Zusammenbruch der Wirtschaft

Ist dieser Bürgerkrieg aber erst einmal entfesselt, so bricht unsere Wirtschaft auch dann zusammen, wenn es nach blutigen Kämpfen gelänge, ihn niederzuschlagen. Nach der Moskauer Berechnung würde ein solcher Bürgerkrieg, wenn er nicht mit dem Siege der kommunistischen Bewegung endet, in eine rechtsradikale Diktatur übergehen, die ihrerseits wieder in heftigsten Kampf mit breiten Massen der deutschen Arbeiterschaft, in schärfsten politischen Gegenkampf zu Frankreich und seinen europäischen Bundesgenossen geriete. Da auch sie infolge des völligen Zusammenbruchs unserer Volkswirtschaft durch die Bürgerkriege den hungernden Massen in Deutschland kein Brot, den Frierenden keine Kohlen verschaffen könnte, würde sie sich nicht lange halten können, sondern infolge erneuter Massenaufrühen der Notleidenden schließlich